Gemeinde Asendorf

Protokoll

Sitzungsnummer: As/Rat/027/24

über die Sitzung des Rates am 30.05.2024

Beginn: 19:00 Uhr
Ende 21:16 Uhr
Ort: Gaststätte "Uhlhorn" in Asendorf

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Gerd Brüning

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Petra Deubel

Herr Reiner Döhrmann

Herr Alexander Grafe ab 19.09 Uhr

Herr Jens Grimpe

Herr Karl Heinz Haller

Frau Sieglinde Huber

Herr Hermes Lemke

Herr Heinfried Marks

Herr Wilken Meyer

Herr Carsten Steinke

Frau Katja Sturhan

Herr Dr. Rudolf von Tiepermann

Verwaltung

Herr Bernd Bormann

Herr Hannes Homfeld

Frau Anette Schröder

Abwesend:

Öffentlicher Teil

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Bürgermeister Brüning eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest. Besonders erfreut ist Herr Brüning über die große Resonanz an ZuhörerInnen.

Punkt 2:

Genehmigung des Protokolls über die 26. Sitzung vom 14.03.2024

Einwände werden keine erhoben. Die Niederschrift wird bei 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Punkt 3:

Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen erfolgen keine.

Punkt 4:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2008

Vorlage: As-0061/24

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt allen Ratsmitgliedern die Beschlussvorlage Nr. As-0061/24 vor. Herr Homfeld erläutert, dass diese Thematik bereits in der Sitzung am 14.03.2024 beraten wurde. Seinerzeit wurde beschlossen, dass die Rechnungsprüfung des Rechnungsprüfungsamtes für die Jahre 2008 bis einschl. 2022 die Prüfung des Jahresabschlusses gem. § 155 Abs. 1 NKomVG nicht umfasst. Rechtsgrundlage ist § 2 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG). Die heutige Beschlussfassung beinhaltet die Umsetzung dieses Beschlusses.

Eine erneute Erörterung seitens des Rates wird nicht gesehen.

1. Der Jahresabschluss 2008 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
2. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 55.483,86 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 18.200,31 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

3. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
4. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 5:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2009

Vorlage: As-0062/24

5. Der Jahresabschluss 2009 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
6. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 9.345,36 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses entnommen.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 374,69 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet.

7. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
8. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 6:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2010

Vorlage: As-0063/24

9. Der Jahresabschluss 2010 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
10. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 13.009,92 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 2.595,88 Euro wird der Überschusrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

11. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
12. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 7:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2011

Vorlage: As-0064/24

13. Der Jahresabschluss 2011 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
14. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 67.169,85 Euro wird der Überschusrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 9.717,65 Euro wird der Überschusrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

15. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
16. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2011 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 8:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2012

Vorlage: As-0065/24

17. Der Jahresabschluss 2012 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
18. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 26.854,80 Euro wird der Überschusrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 7.446,48 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

19. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
20. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 9:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2013

Vorlage: As-0066/24

21. Der Jahresabschluss 2013 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
22. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 270.734,69 Euro wird
 - a) mit einem Betrag in Höhe von 153.173,07 Euro mit der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet,
 - b) mit einem Betrag in Höhe 65.099,24 Euro mit dem außerordentlichen Ergebnis 2013 verrechnet
 - c) mit einem Betrag in Höhe von 37.585,63 Euro mit der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet
 - d) im Übrigen mit einem Fehlbetrag in Höhe von 14.876,75 Euro in das Jahr 2014 vorgetragen.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 65.099,24 Euro wird mit dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

23. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
24. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 10:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014

Vorlage: As-0067/24

25. Der Jahresabschluss 2014 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
26. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 49.961,69 Euro wird mit einem Betrag in Höhe von 49.961,69 Euro mit dem außerordentlichen Ergebnis 2014 verrechnet.

Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus dem Vorjahr in Höhe von 14.876,75 Euro wird mit einem Betrag in Höhe von 8.546,10 Euro mit dem außerordentlichen Ergebnis verrechnet. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 6.330,65 Euro wird in das Folgejahr vorgetragen.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes in Höhe von 58.507,79 Euro wird

- a) mit einem Betrag in Höhe von 49.961,69 Euro zur Verrechnung des Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis und
 - b) mit einem Betrag in Höhe von 8.546,10 Euro zur Verringerung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet.
27. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
28. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 11:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2015

Vorlage: As-0068/24

29. Der Jahresabschluss 2015 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
30. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 59.968,38 Euro wird
- a) Mit einem Betrag in Höhe von 6.330,65 Euro zur Verrechnung des Fehlbetrages aus Vorjahren verwendet und
 - b) Mit einem Betrag in Höhe von 53.637,73 Euro der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 13.222,65 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

31. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
32. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 12:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016

Vorlage: As-0069/24

33. Der Jahresabschluss 2016 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
34. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 141.458,38 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 1.079,52 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

35. Mit dem Jahresabschluss werden folgenden Haushaltsüberschreitungen genehmigt:

3650.44520000	566,76 Euro	Buskostenabrechnung
5410.44560000	218,00 Euro	Abrechnung Bauhofkosten
36. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 13:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2017

Vorlage: As-0070/24

37. Der Jahresabschluss 2017 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
38. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 1.148.792,60 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 32,23 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

39. Mit dem Jahresabschluss werden folgenden Haushaltsüberschreitungen genehmigt:

1111.44410000	2.340,81 Euro	Mehraufwand KSA
1114.53210000	70,38 Euro	Verlust aus Teilabgang
1114.01100000	431,88 Euro	Notarkosten Kaufvertrag

40. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 14:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018

Vorlage: As-0071/24

41. Der Jahresabschluss 2018 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.

42. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 307.797,19 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

43. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 15:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2019

Vorlage: As-0072/24

44. Der Jahresabschluss 2019 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.

45. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 226.326,91 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 2.739,00 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

46. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 16:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2020

Vorlage: As-0073/24

47. Der Jahresabschluss 2020 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
48. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 359.775,14 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
- Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 49.223,93 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
49. Dem Bürgermeister wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 17:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2021

Vorlage: As-0074/24

50. Der Jahresabschluss 2021 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
51. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 194.447,61 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
- Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 13.103,16 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
52. Mit dem Jahresabschluss werden folgenden Haushaltsüberschreitungen genehmigt:
1111.44310001	14.428,29 Euro	Rückstellung für Klageverfahren
5550.42910001	20.434,66 Euro	Vermessungskosten
53. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 18:

Bildung einer Einheitsgemeinde

Vorlage: As-0078/24

Bürgermeister Brüning erläutert ausführlich, welche Beweggründe ihn dazu bewogen haben, seine Meinung dahingehend zu ändern, nun doch ein Befürworter der Samtgemeinde zu sein. Er nennt hier den Verlust von Bürgernähe, die sehr eingeschränkten Aufgaben eines Ortsrates, die derzeit geführte Schuldiskussion, den Verlust der Eigenständigkeit und eine Parteipolitik, die sich oftmals als schwierig und hinderlich erweist.

Weiterhin macht er klar, dass er die Debatte um die Einheitsgemeinde nicht endlos diskutieren und vertagen möchte, sondern eine kurzfristige Entscheidung anstrebt. Daher ist sein Votum ein Ja zur Samtgemeinde verbunden mit einer Neuregelung der Finanzierungsmöglichkeit.

Herr Bormann führt aus, dass die Debatte über eine mögliche Einheitsgemeinde aufgrund der aktuellen und der prognostizierten Entwicklung der Finanzsituation schon länger im Raum steht. Um hier eine neutrale Diskussionsgrundlage zu schaffen wurde die Verwaltung durch den Samtgemeinderat beauftragt, durch eine externe Firma ein Gutachten über mögliche Einsparungen bei Umwandlung der Samtgemeinde in eine Einheitsgemeinde erstellen zu lassen. Das Ergebnis ist der Beschlussvorlage Nr. As-0078/24, die allen Ratsmitgliedern vorliegt, beigelegt. Auf eine ausführliche Vorstellung und Erläuterung dieses Gutachtens wird auf Bitten des Bürgermeisters verzichtet.

Herr Bormann stellt jedoch klar, dass über die angesprochene Finanzsituation beraten und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden müssen. Es kann nicht sein, dass die kostenintensiven Aufgaben bei der Samtgemeinde liegen und die Mitgliedsgemeinden ihren Nutzen daraus ziehen.

Die Einheitsgemeinde ist seiner Meinung nach sicherlich nicht die große Lösung, sondern nur ein kleiner Teil, jedoch lassen sich durch dieses Konstrukt viele Angelegenheiten einfacher und schneller regeln.

Herr Grimpe sieht die Einheitsgemeinde oftmals zu Unrecht als undemokratisch dargestellt. Für ihn ist die Angst vor dem Verlust der Eigenständigkeit unbegründet. Die Gemeinde wäre durch die Ortsräte sehr wohl gut vertreten. In diesem Zusammenhang weist er daraufhin, dass auch heute schon 7 Mitglieder aus der Gemeinde Asendorf dem Samtgemeinderat angehören. Natürlich werden Kompetenzen verschoben, aber auch die Prioritäten. Es eröffnen sich Gestaltungsmöglichkeiten, die ein effizienteres Handeln zulassen. Die Finanzierung von Pflichtaufgaben wie auch die Umsetzung von freiwilligen Aufgaben liegen in einer Hand. Auch sollten die durch das Gutachten errechneten Einsparungen nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Grimpe plädiert für eine Vertagung der Thematik um auch den Gemeinden Bruchhausen-Vilsen und Schwarme die Möglichkeit der Beratung zu geben.

Für Herrn Wilken Meyer werden durch die Einheitsgemeinde die Kompetenzen, die heute im Gemeinderat vorhanden sind, geschwächt. Er sieht mehr Nach- als Vorteile in solch einem Konstrukt.

Die durch das Gutachten errechneten Einsparungen in Höhe von 300.000 Euro konnten auch Frau Huber nicht positiv überzeugen. Für sie überwiegen die negativen Aspekte, wie die Aufgabe der Selbstbestimmung, der Verlust der Bürgernähe und die Verringerung der Ratsmitglieder.

Gleichzeitig ist auch ihr bewusst, dass die Beibehaltung der Samtgemeinde eine Diskussion über mögliche Finanzierungsformen der Pflichtaufgaben notwendig macht.

Herr Grafe sieht das Problem im Ungleichgewicht der Finanzlage. Viele Aufgaben werden von Bund und Land auf die Kommunen verschoben und dann mit der Finanzierung und Umsetzung dieser Pflichtaufgaben alleine gelassen.

Die Bildung einer Einheitsgemeinde zum jetzigen Zeitpunkt stellt für ihn nicht die Lösung der Probleme dar. Er plädiert vielmehr dafür, nach weiteren möglichen Handlungsoptionen zu suchen und diese zu prüfen.

Herr von Tiepermann erinnert daran, dass bereits bei der letzten Kommunalwahl die Selbstständigkeit der Gemeinde ein Thema war. Daher sind Ortsverbundenheit und Bürgernähe wichtige Punkte, die nicht außeracht gelassen werden dürfen.

Die Sitzung wird für eine Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Herr Wilfried Runge fühlt sich nicht ausreichend über die Thematik informiert. Er wünscht sich detailliertere Aussagen zu Vor- und Nachteilen einer Einheitsgemeinde.

Herr Bormann führt hierzu aus, dass die Verwaltung vom Rat der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen den Auftrag erhalten hat durch eine externe Firma ein Gutachten über mögliche Einsparungen (sog. Fusionsrendite) bei Umwandlung der Samtgemeinde in eine Einheitsgemeinde erstellen zu lassen. Den Auftrag hierfür erhielt ein Büro aus Bremen. Zudem hatten die Ratsmitglieder aller Räte die Möglichkeit Fragen im Zusammenhang mit der möglichen Bildung einer Einheitsgemeinde zu stellen. Das fertige Gutachten zur Fusionsrendite wurde allen Ratsmitgliedern in einer gemeinsamen Sitzung vorgestellt. Das Gutachten kann auch im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

Herr Bormann erläutert, dass die einzelnen Positionen durchgeprüft wurden. Es wurden Einsparungen in Höhe von ca. 350.000 € ermittelt. Diese ergeben sich durch einen verringerten Arbeitsaufwand in der Verwaltung und bei der Ratsarbeit / Aufwandsentschädigungen. Die Kosten für die Ortsräte wurden mit ca. 50.000 € beziffert, so dass von Einsparungen in Höhe von 300.000 € auszugehen ist.

Der große Vorteil ist, dass die Geldflüsse einer Großgemeinde und nicht mehr 4 kleinen Gemeinden zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig erinnert er daran, dass die Samtgemeinde keinen Einfluss auf die Schlüsselzuweisungen hat, und dass sich bei der Samtgemeindeumlage bisher immer an der finanzschwächsten Gemeinde orientiert wurde. Die Aufgaben, die von Bund und Land auf die Kommunen delegiert werden, nehmen an Umfang und Kostenintensität zu.

Herr Henze empfindet es als sehr wichtig, dass BürgerInnen bei wichtigen Themen im Vorfeld eingebunden werden und nicht erst bei der Beschlussfassung. Für ihn wäre die Beratung dieser Thematik im Rahmen einer Bürgerversammlung der richtige Weg.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird die Einwohnerfragestunde wieder geschlossen.

Herr Steinke ist der Auffassung, dass alle Räte das Recht zur Diskussion haben sollten und spricht sich daher für eine Vertagung der Thematik aus.

Bürgermeister Brüning stellt die Beibehaltung einer Samtgemeinde zur Abstimmung.

Der Rat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Beibehaltung einer Samtgemeinde.

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Punkt 19:

**Stellungnahme der Gemeinde Asendorf bezüglich zukünftiger Rallye-Veranstaltungen
Vorlage: As-0080/24**

Bürgermeister Brüning erläutert kurz die allen Ratsmitgliedern vorliegende Beschlussvorlage Nr.: As-0080/24.

Für Frau Sturhan geht diese Regelung nicht weit genug. Aufgrund der Umweltbelastungen sind solche Veranstaltungen ihrer Auffassung nach nicht mehr zeitgemäß und sollten daher gänzlich untersagt werden.

Herr Meyer antwortet hierauf, dass dem Gemeinderat eine Einteilung in gute und schlechte Sportarten nicht zusteht. Der AMC Asendorf gehört seit vielen Jahren zum Asendorfer Vereinsleben und hat wie alle anderen Vereine auch ein Recht auf Selbstbestimmung. Auch ist die Zusammenarbeit bisher immer problemlos verlaufen.

Da der Sportleiter des AMC Asendorf, Herr Hartmut Falldorf, anwesend ist, wird die Sitzung für eine Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Herr Falldorf berichtet, dass der AMC Asendorf seit mehr als 40 Jahren zu den Asendorfer Vereinen gehört. Die jeweiligen Rallyeveranstaltungen werden immer im Vorfeld mit der Politik wie auch den Anwohnern abgesprochen und entstandene Schäden umgehend beseitigt. Weiterhin weist er daraufhin, dass es bereits zwei unterschiedliche Streckenführungen gibt. Um die Straßen und Wege zu entlasten kann hier auch jederzeit ein weiterer Parcours aufgenommen werden.

In der Vergangenheit wurden auch Rallyes von auswärtigen Vereinen innerhalb des Asendorfer Gemeindegebietes durchgeführt. Vielleicht wäre hier zu überlegen, ob dieses zukünftig so bleiben soll.

Laut Herrn Falldorf sind auch die angesprochenen Umweltbelastungen im Rallyesport ein großes Thema. So ist ein Team des AMC bereits auf ein E-Auto umgestiegen.

Nach dem Wortbeitrag von Herrn Falldorf wird die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Bei einer Enthaltung beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass neu hergestellte Straßen innerhalb von 2 Jahren ab Fertigstellung grundsätzlich nicht in die Streckenplanung einer Rallye einbezogen werden dürfen.

Punkt 20:

**Flurbereinigung Haendorf-Essen
Radweg Altenfelder Weg
Vorlage: As-0076/24**

Einleitend erläutert Herr Brüning die Beschlussvorlage Nr.: As-0076/24, die allen Ratsmitgliedern vorliegt.

Auch zu diesem TOP wird die Sitzung für eine Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Herr Peter Killen führt aus, dass es Wunsch der AnwohnerInnen im Bereich Altenfelde sei, den Radweg in welcher Form auch immer zu erhalten. Eine Verlagerung des Radfahrer- und Fußgängerverkehrs auf die Straße wird als nicht sinnvoll angesehen.

Da weitere Wortmeldungen nicht erfolgen, wird die Einwohnerfragestunde wieder geschlossen.

Bürgermeister Brüning berichtet, dass aufgrund des Zustandes des Radweges bereits mehrfach über eine mögliche Entwidmung bzw. die Verkehrssicherungspflicht gesprochen wurde.

Die Widmung (§ 6 NStrG) sowie die Einziehung (§8 NStrG) beziehen sich immer auf die Straße als solche. Und da zu einer Straße auch Rad- und Fußwege zählen, ist eine separate Einziehung des Radweges rechtlich nicht möglich.

Frau Deubel befürwortet den Erhalt des Radweges mit einer entsprechenden Beschilderung um auf die vorhandenen Straßenschäden hinzuweisen.

Herrn Meyer ist wichtig, dass die Frage der Zuständigkeit für die Verkehrssicherungspflicht geklärt ist.

Herr Bormann erläutert, dass bei einer dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straße (also auch Radweg) der jeweilige Straßenträger (hier die Gemeinde) verpflichtet ist, für ein gefahrloses Befahren dieser Straße/Radweg zu sorgen.

Der Rat spricht sich einstimmig für den Erhalt und die Sanierung des Radweges im Bereich Altenfelde aus. Die Verwaltung wird mit der Ermittlung der Kosten für eine notwendige Sanierung beauftragt.

Punkt 21: **Mitteilungen**

Punkt 21.1: **Graben-/Straßenunterhaltung**

Bürgermeister Brüning teilt mit, dass die extreme Wetterlage Anfang des Jahres einen erhöhten Aufwand bei der Grabenunterhaltung nach sich gezogen hat. Daher sind die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € bereits ausgeschöpft.

Anders sieht es bei der Unterhaltung von Straßen und Grünanlagen aus. Die veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 € sind noch nicht verbraucht und lassen daher weitere Maßnahmen zu.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Punkt 22:
Anfragen und Anregungen

Punkt 22.1:
Radweg entlang der B 6

Herr Döhrmann weist darauf hin, dass das Planfeststellungsverfahren für die Radwegerneuerung im Zuge der B 6 zwischen Asendorf und Windhorst bekanntgemacht wurde. Da sich im Kreuzungsbereich bei der Gaststätte Steimke in Graue in der Vergangenheit vermehrt Unfälle ereignet haben, bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob dieser Gefahrenpunkt ausreichend bei der Trassenplanung berücksichtigt wurde.

Punkt 23:
Einwohnerfragestunde

Flurbereinigungsverfahren Brebber – Sachstand

Frau Thielemann erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Flurbereinigungsverfahrens im Bereich Brebber.

Herr Brüning teilt mit, dass der Vorstand des Flurbereinigungsverfahrens am 11. Juni 2024 wieder zu einer Sitzung zusammenkommt. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die BürgerInnen bei auftretenden Fragen die Vorstandsmitglieder auch jederzeit direkt ansprechen können.

Radweg Altenfelde

Herr Sven Runge berichtet, dass der Radweg im Bereich Altenfelde seines Wissens als Ersatz gebaut wurde, da ein geplanter Radweg entlang der Kreisstraße (K 140) nicht realisiert werden konnte. Er begrüßt die Aussage, diesen Radweg zu erhalten und daher ist eine Sanierung für ihn selbstverständlich.

Flurbereinigung Haendorf

Frau Schönhardt führt aus, dass ein Feldweg, der vom Grundstück Essener Heideweg 4 in westliche Richtung verläuft und in den Lichtenberger Weg mündet, im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens geschottert werden soll. Ihrer Meinung nach ist diese Maßnahme überhaupt nicht notwendig. Hier werde mehr Lebensraum zerstört als das ein Nutzen entsteht. Auch könne Geld eingespart werden.

Herr Meyer antwortet, dass die in diesem Bereich liegenden landwirtschaftlichen Flächen über diesen Weg erschlossen werden und daher eine bestimmte Traglast vorhanden sein muss. Hierfür ist eine fachgerechte Schotterung Voraussetzung. Erfahrungsgemäß holt sich die Natur solche Weg nach etwa 3 Jahren zurück.

Weitere Anfragen erfolgen nicht.

Bürgermeister Brüning bedankt sich bei allen Anwesenden für die Unterstützung und schließt die Sitzung.

Der Bürgermeister

Der Gemeindedirektor

Die Protokollführerin